

Bezugspreis:

Die Zeitungsnummer 16.50 RM., monatlich 5.50 RM. ...

Anzeigenpreis:

Die wichtigste Kennzahl ist die ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 2. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der Ausnahmezustand.

Das Paul Baders oft gepieltes Drama „Das Gesetz“ ...

Jedes Unrecht, das einem Menschen geschieht ...

Es ist ein Lieblingsgedanke der Unabhängigen ...

Hätten sich die Unabhängigen nur an jene Vorbilder ...

Gegen den Belagerungszustand, den wir nun wieder ...

Der Belagerungszustand ist eine Gefahr nicht nur für ...

Die Regierung muß die Verfassung gegen gewalttätige ...

Volke stets eine erdrückende Mehrheit finden wird. ...

Das kann sie nur, wenn ihr die Arbeiter dabei ...

Elefantenpolitik?

Wir konnten schon in unserer Montagmorgennummer ...

Zunächst behauptet er, daß die Ründigungen „das ...

Doch weiter: Der Pommerische Landbund „stellt fest“ ...

Was bleibt bei objektiver Betrachtung von dieser ...

Widerwärtig wirkt die Scheuerei und Scheinheiligkeit ...

Was nach diesen Feststellungen der Grundlag ...

merische Landbund patetisch stellt, für die Arbeiterschaft ...

Diese Erklärung, die natürlich, ohne die Form einer ...

Bei Redaktionsfluß erfahren wir von unterrichteter ...

Entgegen konservativen Blättermeldungen, die sich auf ...

„Hazardeure der Revolution“.

In der Hamburger „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ ...

Wolffheim bezeichnet die Führer der Unabhängigen als ...

Wörtlich sagt Wolffheim: „Die gesamte Führung lag ...

Weiter bemerkt der Kommunist: „Alles demagogische ...

Ueber die sehr eindeutige Rolle, die Zubeil bei diesem ...

Im Gegensatz zu dem, was nötig gewesen wäre, ist fest ...

Ueber die feigen Führer der Unabhängigen bricht Wolfheim folgendenmaßen den Stab:

Denn in dem Hause aber die durch Immunität geschützten Herren Abgeordneten in dem wohligen Bewußtsein, daß diese ungeheuren Reichtümer sie als ihre Führer anerkennen, und trotzdem nicht das geringste tun, um sich den in sie gesetzten Vertrauens der Massen würdig zu erweisen.

Die Egoisten schlichten eben schon die Massen, um mit Genie zu reden, in „Tod oder Sieg“. Kommt der „Stoß“, dann setzen sich die Vorstehenden in die Klubbessel der Ministerien. Kommt der „Tod“, dann müssen die anderen in das Gras beißen. Geher und Laise Zieg begnügen sich damit, die Leichenreden zu halten.

### Wechsel in der Leitung des „Vorwärts“.

Genosse Paul Vorderer kehrt, einem dringenden Wunsch der dortigen Genossen folgend, nach Magdeburg zurück, um wieder die Chefredaktion der „Volkstimme“ zu übernehmen. Die Chefredaktion des „Vorwärts“ führt vom heutigen Tage ab wieder Genosse Friedrich Stampfer.

### Ein peinlicher Name.

Selten wird im politischen Kampf mit so viel Heuchelei und Verlogenheit gearbeitet, wie wenn es sich um die Bekämpfung des Judentums handelt. Herr Reventlow, einer der lautesten Rufe im Streite, hält sich für verpflichtet, in der „Deutschen Tageszeitung“ zu der kürzlich abgehaltenen Versammlung des „Zentralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ mit dem Thema: „Arbeiterchaft und Antisemitismus“ Stellung zu nehmen. Er weiß, daß der Name Antisemitismus auf den gesuchten Arbeiter naturgemäß einen abschreckenden Eindruck hervorrufen muß, und so sucht er diesen Eindruck abzuwehren, indem er seinen Freunden empfiehlt, dem Kinde einen anderen Namen zu geben. Nach Herrn Reventlow soll der Name „Antisemitismus“ irreführend sein; daß diese überraschende Tatsache „wissenschaftlich“ begründet wird, ist bei einem so gewandten Dialektiker des Judentums, wie der edle Graf es ist, nicht verwunderlich.

Auch wir sind der Ansicht, daß das Fremdwort in gewissem Sinne noch nicht klar genug ist und möchten vorschlagen, es offen und ehrlich mit „Judenfeindschaft“ zu übersetzen. Dann würde jeder, auch der in „Rassenfragen“ unbewanderte Arbeiter erkennen, wozu die alldenkliche Junkerschaft das deutsche Volk führen will: nämlich in die Bekämpfung einer Volksgenossenschaft, die es als ihre vornehmste Aufgabe ansieht, genau so zum Nutzen des Ganzen beizutragen, wie alle übrigen Staatsbürger — es sei denn, daß sie dem zionistischen Flügel des Judentums angehört und damit für eine deutschfeindliche Veräufelung erst recht ausscheidet — und nach dieser Erkenntnis dürfte die Arbeiterchaft noch weniger gern die Wege des Herrn Reventlow beschreiten, als sie heute zu tun gewillt ist.

### An den Minister Oeser.

Wir erhalten folgende Zuschrift, die sich an die Adresse des Ministers Oeser richtet:

In der Beantwortung der Interpellationen über die Schließung der Eisenbahnwerkstätten Ried u. a. haben Sie, Herr Minister, die Nebenbedingung gebraucht: „Die Arbeiterdeputation aus Frankfurt a. M. ist die erste, die ich nicht empfangen habe. Diese Arbeiter waren entlassen und über die Bedingung der Wiederaufnahme konnte ich mit jenen Elementen, die dazu in Frage kommen, nicht verhandeln.“ Herr Minister! Jene Elemente waren Arbeitervertreter und Vertrauensleute mehrerer Tausend Eisenbahnarbeiter. Zum Teil direkt aus der Werkstatt delegierte Männer der Arbeit, die wohl mit ruffigen Mitteln und schwieriger Arbeit beschaffen, aber dennoch Männer waren, die durch das Ver-

trauen ihrer Arbeitskameraden mit besonderem Auftrag nach Berlin geschickt wurden. Der Arbeiterdelegation gehörte auch ein Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Frankfurt a. M., der, getragen von rein menschlichen Gefühlen, den Versuch einer Ueberbrückung der zwischen Regierung und Eisenbahnern entstandenen Differenzen mit herbeiführen wollte. Die allgemeine trotztlose Wirtschaftslage in Frankfurt a. M., täglich steigende Not und Entbehrung, besonders in den ärmeren Schichten Frankfurts und Umgebung, ließen es mir besonders dringend erscheinen, möglichst umgehend die Cessation der Vertriebe mit herbeiführen zu helfen. Tausende Unschuldige durften und sollten nicht wegen Verfehlungen einzelner in schwere Mitleidenschaft gezogen werden! Es wird dem Herrn Minister Oeser doch nicht unbekannt geblieben sein, daß ein Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Frankfurts sich in diesem Sinne mit der Deputation in Berlin betätigt hatte, genau wie in derselben Richtung unsere preussische Landtagsfraktion, vornehmlich unser Genosse Graf, unermüdetlich im Interesse der besonnenen Eisenbahnarbeiter tätig war.

Es muß meinerseits daher die Nebenbedingung des Herrn Minister Oeser „mit jenen Elementen“ als eine Entlassung und Taktlosigkeit entschieden zurückgewiesen werden. Ein Minister muß selbst auch in schwierigen Situationen das nötige Maß der Mäßigkeit aufzubringen vermögen. Solche Worte wirken verlegend und drücken Arbeitervertretern gegenüber Geringschätzung aus, die in den Reihen der Arbeiterschaft im entgegengekehrten Sinne Wirkungen auslösen.

Hermann Salomon, Frankfurt a. M.,  
ParteiSekretariat der S. D. P.

Sollte sich Herr Oeser wirklich so geäußert haben, wie hier angegeben, so würde es sich entschieden um einen „falschen Zungenichlag“ handeln. Die allgemeine Bemerkung, daß Minister auch in schwierigen Situationen das nötige Maß von Mäßigkeit aufzubringen sollen, ist zutreffend. „Nur die Ruhe kann es machen!“

### Die militärische Monarchistenfronde.

An amtlicher Stelle erfahren die S. D. P.: In der Presse ist berichtet worden, daß trotz erlassenen Verbots der Geburtstags des früheren Kaisers bei einigen Truppenteilen festlich begangen worden sei. Diese Meldungen läßt der Reichswehrminister nachprüfen. Die verantwortlichen Führer, die ihr Amt in der Truppe der Republik zu monarchischen Demonstrationen mißbraucht haben, werden aus der Reichswehr entlassen.

Die S. D. P. erfahren weiter von zuverlässiger Stelle: Der Oberst ist amtlich erklärt worden, daß die Behauptung des früheren Reichswehrministers, man habe ihn zum General ernennen wollen, falls er seinen Abschied fordere, falsch sei. Der Oberst hat darauf geantwortet: „Jetzt wollen einige deutschnationale Blätter aus „gang zuverlässiger Quelle“ erfahren haben, der Reichswehrminister habe in den ersten Regierungstagen den Vertrauensleuten der Reichswehrbrigade 15 die Frage vorgelegt, was die Truppe wohl dazu sagen würde, wenn der Oberst beantragt zum General befördert würde. Die „Deutsche Tageszeitung“ besitz die Unberatenheit, daraus zu folgern, daß die frühere amtliche Erklärung nicht der Wahrheit entspreche und ist auf die Antwort des Reichswehrministers gespannt. Der Reichswehrminister erklärt die Behauptung, daß er eine derartige Aeußerung zu Vertrauensleuten getan habe, für unwahr.“

### Frieden zwischen Rußland und Estland.

Der Friede zwischen Rußland und Estland ist in Dorpat am 2. Februar um 2 Uhr Moskauer Zeit unterzeichnet worden.

### Das besetzte Oberschlesien.

In Rattowitz sind Franzosen eingedrückt; jeder soll 20 Fr. täglich in deutscher Währung, also 100 M. erhalten. Bezahlt muß das aber der Staat, dem Oberschlesien zufällt.

Die Pöhlwitzer Gemeindevorstellung betragte 5000 M. für den Empfang der Orienttruppen; wenige Tage vorher hatte sie noch kein Geld für Beamtengulagen!

Stein zu durchstoßen. Wenn nicht, dann schüttelt den Kopf und sagt, es hat nicht sollen sein. Oder gibt es unter euch welche, die den Stein fortnehmen und die gepreßte Erde behutsam lodern? Dann spricht auch nicht mehr, jedes Talent bricht sich selber Bahn. Talente, die aus den Tiefen kommen, verschwinden ungeheure Kraft, wenn ihnen keine freie Hand gereicht wird.

Ludwig Hermann Borgwardt.

Das Drama „Rudder News“ hatte kürzlich am Leipziger Schauspielhaus und am Neustädtischen Theater in Gera große Erfolge. Das Drama „Jürgen Pieper“ gelangt Ende Januar am Schillertheater in Altona zur Uraufführung.

Heitere Musik. In einer Nachmittagsstunde, die sonst der Ruhe gilt, ruft der Bezirkbildungsausschuß Groß-Berlin in den Bläser-Saal; am Sonntag dazu. Was kann uns aber die Körperliche und über die Musikmäßigkeit einer Woche in heiliger Stunde hinstellen? Die Heiterkeit, der Humor, die Ausgelassenheit, das Fröhliche, das lustige, das lächelnde Frohsinn der Mutter Russia. Schon wirbelt die Orgel eines jüdischen Streichquartetts, das sich zur Sinfonie wehrt, und so geht es unter dem Stabe Schwingelns durch die Luft. Gesang, in dem sich Wort und Ton zu deutlicher Schmelze verbinden kann, kreist den leinen Rest der Müdigkeit aus den Augen; der A-cappella-Vollchor unter Guttmanns Führung bewohret sich in sauberen und klaren Liedern von Königen, Volkswort, Licht. Schon flattert der Atem; aber er geht und weilt an im lachend gemessenen Dorfmannlichen Apertivo des göttlichen Amadeus Mozart; diesem Segel mit den lustigen falschen Horninterwahlen und den köstlich ungemessenen radebrechenden Weisen widmen die Resten der Sanktoper ihre Ueberlegenheit. Und dann zurück zum Locken zum Schluß: der schöne Dreivierteltakt, der je aus einem christlichen Genies emporschnelzt, der „Niedermaus“-Prolog verzeichnet unsere Pulse. Mehr, mehr von dieser goldigen Junge-Mädchen-Liedermäßigkeit — ruft es in uns! Auf dem Niedrig summt es wieder einmal nachherlich und wienerlich und lustig-gehoben in unserem Ohr. Wie lesen Weismanns so ganz und gar nicht professorales Programm-buch und natteren: Wiederholung am 1. Februar, am 14. März, am 20. März, Gebet hin und her froh!

Die Frau-Wille-Frier. In dem schönen Haus der Volkshäuser, die dem jungen Kämpfer Bruno Wille ihre Umkleung verdankt, feierte Sonntag der Volkstanz, dessen Leitung der Gedächtniswürdige mit Takt und haben Kunstsin zum Weiten der Volkshäuser und Volkserhebung führt, den Meister. Eine würdige Einleitung konnte es nicht geben als Wagners Meisterlied-Vorspiel, das erfüllt ist von der Kraft und Tüchtigkeit des deutschen Volkes, von seiner schmerzlichen Sentimentalität und von der Romik seines Kleinlebens. Dann zeichnete Max Rasterkeig das Bild Bruno Willes — des Streubenden, Schaffenden, Kämpfenden, Lehrenden und Führenden. Der werdende neue Staat sollte durch Franz Haeckel dem Manne schuldigen Dank, dessen ganzes Leben dem Streben gewidmet ist, über des Tages Dunkelheit und

Angeblieh auf einem Fluchversuch (1) erschossen wurde der von der „Marinebrigade“ verhaftete polnische Stadverordnete Rjeborny aus Bausen. Das kann wieder gute Folgen haben.

### Die Auslieferung.

Am 10. Februar soll Deutschland die Liste der Auszuliefernden erhalten. Des Ansehens „Handelsblatt“ meldet aus Paris, daß dort die Namen folgender Deutschen genannt werden, die auf der Auslieferungsliste stehen:

1. Prinz Rupprecht von Bayern wegen Deportationen in Nordfrankreich.
2. Der Herzog von Württemberg wegen Ermordung von Bürgern in Romur.
3. von Klud wegen Ermordung der Geiseln in Senlis und Nord an Bürgern von Aerschot.
4. von Bülow wegen Brandstiftung in den Ardennen und Erschießung von Bürgern.
5. von Radenfen wegen Diebstahls, Brandstiftung und Hinrichtungen in Armenien.
6. von der Landen wegen Hinrichtung von Rih Capell und Kapitän Fratt.
7. Admiral Cayelle wegen der U-Boot-Taten.
8. Siman von Sanders wegen Ermordung von Armeniern und Syrern.
9. von Stenger wegen des Befehls, keine Kriegsgefangenen zu machen.
10. Ostrowski wegen der Minderungen in Dieuze und des Mordes von 105 Bürgern.
11. von Tesny wegen Ermordung von 112 Einwohnern von Arlon.
12. Niemecher wegen Mißhandlung der Kriegsgefangenen in Holzminden.
13. Major von Göry wegen Grausamkeiten im Lager von Magdeburg.
14. Leutnant Kuediger wegen Grausamkeiten im Lager von Ruffelen.
15. General von Cassel wegen Grausamkeiten im Lager von Döberitz.
16. Oberst von Bülow wegen der Verführung von Aerschot und Hinführung von 150 Bürgern.
17. General von Rantsuffel wegen des Brandes von Bden.
18. Leutnant J. S. Werner.
19. Korvettenkapitän Gallentiner.
20. Korvettenkapitän von Fortner, die letzten drei wegen Vernehmung von Hospitaltschiffen.

In London wurde die erste Liste der auszuliefernden Deutschen veröffentlicht. In dieser Liste werden weder der Kaiser noch der Kronprinz genannt.

Aus Paris wird „beschwichtigend“ mitgeteilt, daß gegen die Ausgelieferten nur befristet Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen, aber nicht Todesstrafen verhängt werden sollen.

### Frankreichs Ernährungsdefizit.

Der Ackerbauminister stellt in einem ausführlichen Bericht fest, daß Frankreich kaum die Hälfte seiner Bevölkerung ernähren kann, da das junge Geschlecht das Land verlassen hat und die Acker nicht bestellt werden.

### Wiederaufnahme des Heilisprozesses.

Die polnische Telegraphenagentur meldet: In Moskau fand der Prozeß gegen den Staatsanwalt im Heilisprozeß Wipper statt, der von dem früheren Oberkommandierenden der bolschewistischen Truppen Klenko angeklagt war, sich an der Durchführung des Ritualmordprozesses gegen Weis teilhaftig zu haben, um dadurch die Gegenrevolution und den Parisismus zu jähren. Das Gericht erkannte gegen Wipper auf lebenslängliche Gefängnisstrafe und beschloß nach Bestätigung des Urteils durch die Sowjetbehörden, den Heilisprozeß wieder aufzunehmen.

### Frik Stavenhagen.

Noch heute gibt es Leute in der Welt, die behaupten, jedes Talent bricht sich selber Bahn. Sie verkennen den Unterschied, der zwischen dem Aufsteigen aus halber Höhe und aus unterster Tiefe liegt. Sie sehen nicht die Kraft, das Wollen, das Können, die beim Wahnreden zerbrochen werden.

Und Norddeutschen wählt ein brennender Sömmerg in der Crast, wenn wir an den denken, der den Geist unseres Landes in Richtung und Ausdruck konnte — an den Dramatiker Frik Stavenhagen. Durch Entbehrungen einer harten Jugend hatte er sich hindurchgerungen — sein Ziel ließ ihn die Widrigkeiten des Tages vergessen; einen Beruf, der ihn quälte, warf er beiseite, um hungernd seiner Ausbildung und seinem Schaffen zu leben. Und als er sein Ziel nahe sah, als sein Name zu leuchten begann — da brach sein armer, durch Unterernährung geschwächter Körper zusammen. Er sank ins Grab — der Wahnbogen, der von der Erde in die Unendlichkeit reichen sollte, ragt mit abgebrochenen Streben im ersten Viertel in die Luft: anlagend redet er sich über die grauen Nebel der Nordsee.

Eine humore Anklage! Laut geklagt hat Frik Stavenhagen nie. Halb humorvoll klingt zuweilen ein persönlicher Ton durch seine Dramen. So zum Beispiel in der „Rudder News“, wenn er den Hugo über die Schule sprechen läßt: Religion, Singen, Schönschreiben! Aber 'n bitten wal Interessantes, neel denn wür uns ja dat Schoolgahn Edoz waken, un dat darst doch nich! — Religion brukt wie nich! Singen leert wie up Strool un wenn id man selbst lesen kann, wat id schriew, is genog. — Die Schule konnte ein Frik Stavenhagen, der während dieser Zeit schon länger arbeiten mußte, nicht lieben. Und doch wollte er, wie Dr. Schulze in der Einleitung zu „Grua und Golden“ erzählt, gern Lehrer werden, um seine geistigen Kräfte üben zu können. Aber er fand nicht wie Otto Ernst einen Lehrer, der ihn wenigstens vorbereitete. Sein Vater war Auswanderer, er das lebende unter dreizehn Kindern. Da die Gesellschaft nicht half, war er auf sich selber gestellt; um Zeit zu geistiger Arbeit zu gewinnen, mußte er hungern.

So kam es, daß seine Körperkraft erschöpft war, als endlich die Welt aufhörte, um seine Stimme zu hören. Die schwerste Zeit seines Lebens trug er allein. Als die Welt, allen voran Otto Ernst, ihm half, war es zu spät.

Und doch gibt es noch Leute in der Welt, die da behaupten, jedes Talent bricht sich selber Bahn. Sie führen das berühmte Schneeglöckchen im Wappen, dessen Blüte so fein und zart und lieblich wird, weil sie die eisige Erde durchbohren muß. Wäht dem Schneeglöckchen einen Stein aufs Haupt und stellt auch herum, so geht, ob der sehnende Frühjahrsdrang zur Höhe es vermag, den

Rot hinanzuführen ins Höhe und Weite. Schweberts unvollendete und unergänzte Symphonie gab die rechte Bestimmung. Nachher ließ Goethe's trophäen Prometheus erlösen; aus Gertrud Schjoldt sprach Debells webe Menschlichkeit, und zum Schluß sang Armer Hans Sochens Ruf zur Ehre deutscher Meister. Die hat doch Wagner diese Gegenwart vorausgesehen, als er in dem jugendstolz prächtigen Reich die Worte schrieb:

Hier ist das heilige römische Reich in Dunit,  
Uns bliebe gleich die heilige deutsche Kunst!

Und nun sprach auch noch Bruno Wille selbst von der Arbeit jedes einzelnen, die unsern Volk seine Würde geben muß.

Die wahre Aufgabe des Films. Die Welt ist sich noch nicht ganz klar darüber, ob der Film eine neue Kunst oder ein Anschauungs- und Belehrungsmittel von ungeheurer Tragweite bedeuten. Mag sie sich darüber streiten, die Redaktion der „Filmwoche“, die Sonntag in der „Berliner Morgenzeitung“ zwei Seiten verbringt, hat inständig die eigentliche Aufgabe des Films entdeckt. Man höre:

„Unseres Gedächtnis ist es durchaus nicht ausschließlich Zweck von Versammlungen, zum Befehle des betreffenden Werkes anzuregen, sondern in mindestens ebenso vielen Fällen gerade im Gegenteil das unter Umständen sehr zeitraubende Lesen des Originalwerkes überflüssig zu machen, indem seine inneren Werte durch die Fernwand auf viel leichtere Weise einer breiten Masse vermittelt werden.“

Wahol! Nun wissen wir, warum Hauptmann, Rosen und sonstige Verfasser von Originalwerken gefilmt werden. Wie wahr's, wenn diese Art Werke gleich in Filmform erscheinen — da braucht man sie nicht einmal zu lesen, geschweige denn zu lesen.

Der Botaniker Wilhelm Pfeffer ist in Leipzig, wo er seit 1887 als Professor und Direktor des Botanischen Gartens wirkte, im 76. Lebensjahre gestorben. Pfeffer war in der Pflanzenphysiologie von führender Bedeutung. Seine experimentellen Forschungen, die sich durch scharfsinnige Anordnung und geistvolle Schlussfolgerungen auszeichneten, waren klassisch. Unsere Einigkeit in die Funktionen der Pflanzenorgane, das Verständnis für ihre Reizbarkeit und Reaktionsfähigkeit ist durch ihn und seine Schule bestimmend beeinflusst worden. Sein Seminar hatte Weltruf und war eine Schule für

Einem Theaterstreik mitten in der Aufführung injiziert die Bühnenarbeiter am Opern- und Schauspielhaus in Hannover. Am ihre Lebensbedingungen durchzusetzen, legten sie nach dem ersten Akt von Wagner's „Siegfried“ die Arbeit nieder.

Prof. van de Velde steht in Weimar in Verhandlungen, um dort seine kunstgeräthliche Wichtigkeit wieder aufzunehmen. Er gab während des Krieges keine Betätigung in Weimar auf, da der Großherzog anderer Meinung wurde.

# Preussische Landesversammlung.

Der arbeitsfreie Sonntag hat auch in der Landesversammlung die Gemüter beunruhigt. Als heute, Montag mittags, der letzte Redner der ersten Kammer zur Ausnahmezustandsdebatte, der deutsche Volksparteiler Dr. Seidig, das Wort ergreift, sind die Tribünen leer und die Abgeordneten noch sehr spärlich im Saal vertreten. Und selbst diese wenigen haben noch Reservereife ausgetauscht und interessieren sich nicht für den Redner, der das Fangeballspiel zwischen der Opposition von links und von rechts von neuem beginnt. Dabei bleibt er natürlich echt nationalliberal, einerseits andererseits. Zwar sei Minister Heine zu weit gegangen, aber es zweifle doch kein Mensch, daß die Unabhängigen mit den Franzosen unter einer Decke ständen. Selbstverständlich sind die Volksparteiler Freunde des Ausnahmezustandes, zu welchem auch nach ihrer Meinung die Vorgänge vom 18. Januar genügend Anlaß gegeben haben. Das Axiom auf Erdburger ist dieser Partei sehr unangenehm, denn außer den Deutschnationalen haben auch sie eine heilloslose Hebe gegen den Reichsfinanzminister und für den Geldsack getrieben. Darum schüttelt Herr Seidig den Axiomatenern energisch von seinen Rockschößen.

## Kleine politische Nachrichten.

Erzbergers Befinden bessert sich wieder, aber vor kommendem Montag lassen ihn die Ärzte nicht heraus.

Für die Umwandlung der Rabettenschulen in bürgerliche Erziehungsanstalten neuerlicher Art hat das Reichamt des Innern den bekannten Pädagogen und Schulreformer Oberstudienrat Dr. A. Erschke in einer Münchener Sitzung als Hauptmitarbeiter und Sachverständigen benannt.

Sindenburgs Dreiklassen-Erinnerungen. Dem Zug der Zeit folgend, will auch Sindenburg seine Erinnerungen herausgeben. Der Verlag von S. Hirzel in Leipzig kündigt das Werk in einer Form an, die lebhaft an das preussische Dreiklassenwahlrecht erinnert. Es sollen nämlich drei Ausgaben erscheinen: eine nur aus hundert Exemplaren bestehende Luxusausgabe für ganz große Kriegsgewinner, eine Vorzugsausgabe für Schieber mittlerer Stände und eine allgem. Ausgabe für das gewöhnliche Volk. Wie vertragen sich solche Luxusausgaben mit dem von den Alldeutschen gepredigten Gebot äußerster Sparsamkeit?

Eine Entente-Kommission nach Deutschland wird infolge der deutsch-österreichischen Beziehungen über den Terrorismus der magyarischen Offizierskorps entsendet. Die Magyarenregierung will dieses, durch das Friedensdiktat Deutschösterreich zugesprochene Gebiet nicht herausgeben.

## Wirtschaft.

### Zur Leimbewirtschaftung.

Die Leimverbraucher Deutschlands haben sich fast zeitlos zu der Leimverbraucher-Gesellschaft m. b. H., Charlottenburg 2, Schillerstraße 10, zusammengeschlossen. Ihre Mitglieder sind die verschiedenen Berufsvereinigungen. Die Belange der wenigen nicht angeschlossenen Verbraucher werden einflußlos durch den Kreisaußschuß für Ersatzfutter wahrgenommen. Die Leimbewirtschaftung ist als die berufliche Vertreterin der Leimverbraucher vom Reichswirtschaftsministerium anerkannt worden und ist legitim, bei der im Haushalt genommenen Leimbewirtschaftung auf Grundbesitz der Selbstverwaltung der Verbraucher zu verzichten. Als erstes ist ihr bereits jetzt im Einzelnen mit dem Leimhandel, den Lederleim- und Knochenleimfabrikanten die Aufgabe übertragen worden, die Regelung des Leimhandels, soweit er aus der Inlandherzeugung nicht zu beschaffen ist, durch Einfuhr von Leim zu übernehmen und die eingeführten Mengen unmittelbar den Verbrauchern zuzuführen. Sie wird dabei an dem Veranschlagten festhalten und sich der Vermittlung des Handels bedienen. Diese Ermächtigung bezieht sich einseitig ausschließlich nur auf aus dem Ausland eingeführten Leim, während für die Erfassung und Verteilung des inländischen Leims noch wie vor der Kriegsauslösung für Ersatzfutter G. m. b. H., Berlin W. 92, Burggrafenstr. 11, die zuständige Stelle ist.

### Erzeugung und Verwendung minderwertiger Brennstoffe.

In der Monatsversammlung des Vereins Deutscher Maschinen-Ingenieure hielt Dipl.-Ing. L. L. L. Direktor der Deutschen Rohstoff- und Nebenprodukt-Gesellschaft m. b. H. einen Vortrag über „Erzeugung und Verwendung minderwertiger Brennstoffe“. Der Vortragende unterscheidet zwischen feinkörnigen, aschen- und wasserreichen Brennstoffen. Die ersten lassen sich sowohl auf dem Kolbenverbrennen als auch in dem Generator verbrennen, wobei zu erheblichen Abfällen zu rechnen sind. Keinerdings wende man sich mehr und mehr der Kohlenstauffeuerung zu, deren Anwendung in Zementöfen bei den Drehöfen schon seit vielen Jahren bekannt ist. Die aschenreichen Brennstoffe dagegen lassen sich allgemein nicht durch Verbrennung verwerten; man muß vielmehr eine Grenze für den Aschengehalt von 20 Proz. setzen. Dagegen ließe die Vergasung dieser minderwertigen Abfallmaterialien ein ausgiebiges Verwendungsfeld, zumal man in dem Drehöfen-generator mit Dampfzug das Mittel zur Verflüchtigung von Schlackenklumpen und zur Entfernung von großen Aschen- und Schlackenmassen gefunden hat. Bis zu 50 Proz. Aschengehalt eignen sich diese Brennstoffe auch zur Gewinnung von Nebenprodukten. Man wird diese Maß überall da treffen, wo Verwendung für Gas vorliegt. Die Gasfeuerung bei Dampfbesel erhöht deren Leistung um 50 Proz., während die Gewinnung hochwertiger Leim in der heutigen Zeit der bei weitem größte Vorteil in Aussicht steht.

Die Verwendung des Cellulosefaserberichts in Desinfektionsöfen mit Innenfeuerung einen großen Nutzen für die Zukunft, wobei man jedoch auf Nebenprodukte nicht rechnen darf. Von diesen Cellulose hat Deutschland rund 117 Millionen Tonne.

Die feuchten Kohlenkohlen eignen sich bei 25 Proz. Feuchtigkeit sowohl für die Verwendung als Vergasung. Je höher der Feuchtigkeitgehalt, desto höherer der Aschengehalt. Die Verwendung wegen des zu erzielenden Kupfereffekts. Im Generator hindert das Schmelzwasser den regelmäßigen Betrieb. Eine bessere Verwertung erreicht man dagegen durch Verflüchtigung der Stoffe. Während Braunkohle keine Bindemittel hierzu braucht, bedingt die Staub-Asche der Steinkohlenarten solche, wie Fein- und Grobstaub, wodurch die Verflüchtigung verwehrt wird. Viel vorteilhafter würde sich die Einführung der Kohlenstauffeuerung erweisen, weil dadurch die Braunkohlenkohlen in weit größerem Maße als bisher geschont würden. Eingehende Betrachtungen widmete der Vortragende endlich der Torfverwertung und Verwendung, den Schwierigkeiten der Leimung und den neuen Verwendungen der wirtschaftlichen Verwertung dieses für uns unentbehrlichen Rohstoffes. Der Vortrag, der durch Lichtbilder, ausgehört war, fand großen Beifall, zumal über dieses Thema nur wenige Sachverständige auf Grund reichhaltiger praktischer Erfahrungen zuverlässige Mitteilungen zu machen in der Lage sind. Er erscheint demnächst in den „Annalen für Gewerbe und Bauwesen“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 10.

Abwärtiger zur Erzeugung von Branntwein ist in Deutschland die in den drei ersten Monaten des laufenden Betriebsjahres (September, Oktober und November 1919) im ganzen nur in der unwirtschaftlichen Menge von 180 Tonne abgegangen worden, während in den entsprechenden drei Monaten des vorangegangenen Betriebsjahres noch rund 28 000 Tonne zum Zweck der Erzeugung von Branntwein zur Verfügung gestellt worden waren.

# Groß-Berlin

## Die Milch für zwei Mark

### Der erste Tag der Milchpreiserhöhung.

Es ist nicht gerade ruhmvoll, den Tage in der Geschichte der deutschen Wirtschaft, an dem zum erstenmal die Erhöhung des Milchpreises auf 2 M. für den Liter in Kraft tritt. Der Ueberfall auf den Geldbeutel des Konsumenten, der in der plötzlichen Erhöhung gut zu Tage tritt, äußerte sich auch besonders heute früh, als die Berliner Hausfrauen zum erstenmal den neuen Preis zahlen sollten. Viele, die über die neue Lage noch nicht unterrichtet waren, machten ihrem Ärger in sehr bedauerlicher Weise Luft. Es gab ganz unangenehme Szenen, bei denen auch das Mißtrauen den Händlern gegenüber eine wichtige Rolle spielte. Das traurigste aber war, daß manche Mütter mit färglichem Einkommen erklärten, den hohen Preis nicht zahlen zu können und sich mit der Hälfte des ihnen zustehenden Milchquantums begnügten.

Aus der Fülle der Zuschriften, die sich ungehalten über die Erhöhung äußern, greifen wir die folgende heraus:

„Die neue Regelung der Höchstpreise für Vollmilch tritt am Montag, den 2. Februar d. J., in Kraft! So liest man in der Zeitung, so lautet die Ankündigung der Zeitungsblätter, in denen die jungen Mütter ihr zum Leben Notwendigstes, die Milch, entnehmen. Bisher hat kein Vagabund Bedarfsartikel diese Preisänderung — 140 Proz. —, und noch dazu über Nacht, erfahren. Ist es nicht eine ganz selbstverständliche Folge, daß die Milch, die nicht von den rechtsmündigen Verbrauchern, den jungen Müttern, entnommen werden kann, zu Wucherpreisen in die Schänke und unterirdischen Kellern gelangt? Der Preis im Café geht ohne zu merken bei einmaligem Genus einer Tasse Kaffee 50 Pf. mehr, nicht aber kann die Frau, die ihren Säugling ernähren soll, bei täglichem Gebrauch — pro Tag mindestens 1 M. mehr. Selbst bei reichlicher Ueberdeckung kommt man zu dem Schluss: Diese Maßnahme bedeutet ein vollständiges Hinfallen unserer ohnehin schon (leider) ernährten Säuglinge, auf der anderen Seite wird die Milch fortan aber ohne Mühe in die Kasse gelangen, für die sie nicht bestimmt ist! — Die Groß-Berliner Gemeinden und der Kreis Teltow haben sich auf Anregung der Zeitungsblätter mit der Frage befaßt, wie die unermittelten Kreise von den Milchverehrern in genügender Weise unterrichtet werden können, so liest man weiter. Es wird wieder mal „ermogen“, wie heute noch nach bereits 5 Wochen über die Beihilfe der Kartoffel- und Preispreiserhöhung „ermogen“ wird. Die durchschnittlichen Lohnverhältnisse gehen in keiner Weise mit den so gewaltigen Preissteigerungen Schritt, deswegen muß dringend verlangt werden, daß mit einer so einschneidenden Maßnahme (den Liter Milch pro Tag um 1,16 M. zu erhöhen) auch die Mittel, und zwar mit dem gleichen Tage, zur Verfügung stehen müssen, um der jungen Mutter ohne Säugung die Ernährung ihres Kindes zu sichern.“

Das Inkrafttreten einer so schwerwiegenden Maßnahme und noch dazu mit einem der wichtigsten Probleme, der Säuglingsernährung beginnend, ist ein Zeichen des Abfalls der Zwangswirtschaft. Und möge auch noch so viel beredet werden, daß Milch, Fleisch und Getreide in erster Linie vom Freihandel beschaffen werden sollen, diese Verfügung ist die Folge des Durchbruchs der bestehenden Nationierung. Vorkehrungen zur weiteren Eindämmung dieses Vorgehens sind dringend erforderlich, sonst extortiert der Unbemittelte das so gefährdete graue Elend in Wirklichkeit.

### 32 Prozent Provinzialsteuer.

Der Brandenburgische Provinzialausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung hauptsächlich mit dem Haushaltsplan für 1920 und der Deckung des schon jetzt feststehenden Gebühretages aus dem laufenden Jahre beschäftigt. In dem Haushaltsplan sind ganz wesentliche Minderungen vorgenommen und außerdem die Einnahmen durch Zuschläge von 100 Proz. zu den bestehenden Gebührenarten erheblich gesteigert worden. Trotzdem stellt sich die Bedarfskammer noch auf 32 Proz. des Staatseinkommens, während durch Rodtragetat für 1919 8 Proz. erhoben werden sollen. Dabei ist die Entscheidung über die Einstellung von Reichsteuern zur Aufrechterhaltung des Arbeitsnachweises für 1920 noch vorbehalten geblieben, auch sind Mehrbeträge für Besoldungserhöhungen, da die Vorberatungen über die bevorstehende Besoldungsreform noch schweben, zunächst außer Betracht gelassen.

### Ein Mieterkongress.

Eine Tagung der preussischen Mietervereine, die zuerst in Oberland feststehen und die sich unter Teilnahme vieler auswärtiger Delegierten mit der Frage der Höchstmieten beschäftigt, nahm eine Entscheidung an, in der unter anderem ausgeführt wird:

„Die versammelten Verbände fordern die strikte Durchsetzung der Höchstpreisverordnung für Mieten. Sie verlangen, daß die gemeindefürsorglichen Grundstücksbesitzer verhindert werden. Es soll deshalb die Einführung eines gesetzlich übertragbaren Vorkaufsrechts für die Gemeinden zu dem Preise der Selbstveräußerung zum Wechsellager 1913, zugleich nachweisbarer Kosten für Verbesserung und der Finanzierung zur Genehmigung geben Grundstücksverkaufes durch Staat und Gemeinde gefordert werden. Sie fordern weiter die rückwirkende Unmöglichkeit von Grundstücksverkäufen an Leute, die nicht bereits ein Jahr lang in Deutschland wohnen, allgemeine Hypothekensperre und eine neue reichsgesetzliche Regelung des Mieterschutz- und Wohnungsbaurechts.“ In einer anderen Entscheidung heißt es: „Die am 1. Februar 1920 in Berlin tagenden Delegierten der Mietervereine aus allen Gegenden Preussens erklären, die der Mieterschutz von der Regierung zugewiesene Vertretung im Reichswirtschaftsrat durch einen Vertreter für unbedenklich. Sie fordern für die Mieterschutz mindestens drei Sitze im Reichswirtschaftsrat.“

Ein Ehepaar durch Gas vergiftet. Der 32 Jahre alte Reichswehrsoldat V. d. wurde gestern mit seiner Ehefrau Martha in ihrer gemeinschaftlichen Wohnung in der Loewestraße 12 durch Gas vergiftet aufgefunden. Nach den Feststellungen scheint ein Unglücksfall vorzuliegen. Das Ehepaar hatte nach am Sonntagabend Besuch gehabt und dabei keinerlei Selbstmordgedanken oder Lebensüberdruß gezeigt. — In einem Hotel hat sich ein junger Mann, der in der Bahnhofsstraße abgestiegen war und sich als ein 25 Jahre alter Kaufmann Friedrich Holthaus aus Potsdam in das Fremdenbuch eingetragen hatte, ebenfalls mit Gas vergiftet. Wahrscheinlich aber ist dies nicht sein richtiger Name, denn bei dem Toten fand man eine Eisenbahnmonatstorte für die Strecke Bahlow-Mariendorf, die auf den Namen Fritz Krause lautet.

Sozialistische Bildungsschule. Der Vortrag des Gen. Dr. Löwe über „Volkswirtschaft“, Schulung, Montagabend 15/16, muß heute abend ausfallen. Der Vortrag wird am nächsten Montag ununterbrochen fortgesetzt.

Treptow-Sternwarte. Die Schiffe des Meeres lautete das Thema, den Prof. Dr. Ludwig Bähr Mittwoch im großen Saal der Treptow-Sternwarte hält.

Reutßen. Die Bevölkerungsbewegung im Jahr 1919. Bemerkenswert ist in erster Linie der im Vergleich zum Jahre 1918 in Erscheinung getretene Geburtenüberschuß von rund 1800 Köpfen, der die Zahl der Neugeborenen für 1919 auf 4419 erhöht. Auch die Geschlechtsverhältnisse haben annähernd den doppelten Umfang der im Vorjahre verzeichneten Fälle er-

reicht, nämlich 8770 im Jahre 1919. Die Todesfälle sind erheblich zurückgegangen. Es wurden insgesamt 3881 Sterbefälle, im vergangenen Jahre dagegen 5188 gleichartige Fälle gemeldet.

Reinickendorf. Die Gemeindeverwaltung hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Bewilligung einer Anleihe von 3 500 000 M. zu beschäftigen. Genosse Rüderer führte hierzu aus, daß auch jetzt schon an die Deckung der Zinsen gedacht werden müsse. Bei dem jetzigen Kommunalausschuß von 285 Proz. sei an eine Deckung nicht zu denken, es mühe vielmehr die Gemeindeverwaltung vor allem Dingen dafür sorgen, daß laufende Ausgaben auch durch laufende Einnahmen gedeckt werden. Ein Antrag, dem Krüppel- und Heil-Fürsorge-Verein Berlin-Brandenburg einen Jahresbeitrag von 100 M. zu bewilligen, wurde angenommen. Desgleichen wurde beschlossen, die Einrichtung des Ruzmannschen Spielplatzes zum Preise von 9000 M. von der Gemeinde zu übernehmen. Einem Antrag des Genossen Scharff, den Ruhegehältern empfangern, die keinen rechtlichen Anspruch auf Ruhegehalt haben, eine Erhöhung genau nach den Satzungen der Beamtenbesoldungsreform zu geben, wurde zugestimmt. Von der U. S. P. D. wurde mitgeteilt, daß in einzelnen Schulklassen auf Drängen der Kinder einige Lehrkräfte sich bereit erklärt haben, eine offizielle Kaiser-Geburts-tag-Feier zu veranstalten. Genosse Scharff wandte sich gegen ernstlich dagegen und verlangte, falls dieses zutreffend sein sollte, ein energisches Vorgehen der vorgesetzten Behörde. Politik müsse aus den Schulen ferngehalten werden. An Stelle unseres erkrankten Genossen Schönberg wurde als Stellvertreter Genosse Max Schmidt in die Volksbildungskommission gewählt.

Klein-Glienicke. In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde folgender Fall erörtert: Das Wohnungsamt Klein-Glienicke hatte seinerzeit in mehreren Häusern des Prinzen Friedrich Leopold mehrere Wohnungen beschlagnahmt, um der Wohnungsnot abzuwehren. Der Regierungspräsident hat nun an den Landrat des Kreises Teltow ein Schreiben gerichtet, in welchem die Aufhebung der Beschlagnahme gefordert wird, da die Gemeinde Klein-Glienicke nicht dazu berechtigt gewesen sei und ferner der Ankauf des Gutbezirks Klein-Glienicke, dessen Vorbesitzer der Prinz selbst ist, an das Wohnungs- und Mietamt Klein-Glienicke nicht erfolgt ist. Statt seine vielen leerstehenden Wohnungen zur Verfügung zu stellen und der Wohnungsnot abzuwehren, beschwert sich der prinzipale Gutbesitzer nach. Der Gemeindevorstand von Klein-Glienicke wurde konstituiert, bei den zuständigen Stellen Beschwerde einzulegen.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

Reinickendorf. 1 Pfd. Apfelsinen und 2 Pfd. Äpfel 20 Pf. Mariendorf-Südende. 2 Pfd. Äpfel 20 Pf. Auf Krantenmüllern und ihr werdende Mütter 1 St. zum Preis von 1,70 M. Auf A. I. Bismarckstr. für Kinder im ersten Lebensjahre 2 Pfd. Reis und 1 Pfd. Getreide. Auf A. II. Kinder im zweiten Jahre 3 Pfd. Reis und 1 Pfd. Getreide. Auf B. I. B. II. C. I. und C. II. Karten 1 Pfd. Reis und 2 Pfd. Getreide. Auf Bismarckstr. für Jugendliche 1 Pfd. Reis und 2 Pfd. Getreide. Für Verletzte über 60 Jahre 1 Pfd. Reis. Auf GutsMuthsstraße 250 Gramm Getreidemehl.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

27. Abteilung. Die Genossen werden auf die im Laufe dieser Woche stattfindenden ersten Parteiveranstaltungen aufmerksam gemacht. Am 2. Februar 20. Gemeindefeier, 3. Februar 90. Gemeindefeier, 4. Februar 60. Gemeindefeier, 5. Februar 100. Gemeindefeier.

Schöneberg. Heute abend 7 Uhr im Hotel Helge, Ruhens-, Ude-Kamradtstraße: Frauenabend. Vortrag: Religion, Schule und Kirche. Ref.: Gen. Buchholz. Erhalten dringend erforderlich.

Eggerberg. Mittwoch, den 4. 1/2 Uhr im Saal von Stolz: S. P. D.-Tagabend. Geschehen aller Mitglieder erforderlich.

## Gewerkschaftsbewegung

### Die Göttinger Metallarbeiterverband.

Aus Hamburg wird uns geschrieben: Die von der unabhängigen Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes auch hier größte Diktatur über die Mitgliedschaft und ihre völlige Arbeitsunfähigkeit, seitdem das politische Moment völlig überhand genommen hat, hat eine kraftvolle Gegenaktion der sozialdemokratischen Metallarbeiterchaft ausgelöst. Es kostete auf den Versammlungen, die zuletzt fast täglich eine S. P. D.-Mehrwahl hatten, den Vorstand die Ausbittung aller demagogischen Fähigkeiten, um aus den Bestimmungen konsequent das Gegenteil herauszulesen, von dem, was sie ergeben hatten. Da (wie seinerzeit kurz berichtet) alle Forderungen der unabhängigen Diktatoren auf Beitragsrückzahlung Ablehnung fanden, holten die Verbandsgewaltigen ihren Oberbazonen Dikmann aus Stuttgart herbei, ließen ihn in einer Versammlung reden, entfalteten eine riesige Propaganda und gedachten an diesem Abend die nötige Geldbewilligung durchzubringen. Aber auch dieser Aufwand fruchtete nichts: die Versammlungsmehrheit war bei weitem sozialdemokratisch. Trotzdem beschloß der Vorstand die Abhaltung, das Abstimmungsresultat einfach umzulügen und die Beitragsrückzahlung als angenommen zu erklären. Die Folge war, daß unsere Genossen

### demonstrativ das Lokal verließen

und der Liebe Gott aus Stuttgart mußte vor leeren Stühlen reden. Ein Protest mußte nicht, die Vorgänge wiederholten sich vielmehr. Das mußte natürlich eine Reaktion auslösen.

Zur Bezirkskonferenz, die schon stattfand, wurden die S. P. D.-Kandidaten mit großer Mehrheit gewählt. Was die Folge? Die U. S. P. legen aus wichtigen formalen Gründen Protest ein, man telegraphiert mit Stuttgart, der Vorstand — selbstverständlich — ist derselben Ansicht wie seine Hamburger Vettern und die Wahl muß wiederholt werden. Eine unabhängige Presse schlägt ein gewaltiges Tam-Tam, Flugblätter, gedruckte persönliche Agitation: und das ist nicht in der Lage, die fortschreitende Offensive der Opposition auszuhalten, auch alle Demagogie brachte es nicht fertig, das wiederum für uns günstige Resultat zu ändern. Aber noch war die Ortsverwaltung nicht befriedigt. Nachdem alle derartigen Wahlen bisher in Versammlungen stattgefunden hatten, ließ es jetzt plötzlich wegen Nichtbeteiligung zu großer Teile der Mitgliedschaft müsse die Wahl in Wahllokalen wiederholt werden. Der folgende Verbandsvorstand gab seinen Segen dazu. Am Sonntagabend fand nun abermals die Wahl statt. Mit allem Raffinement waren die Wahllokale und alle Einzelheiten von den U. S. P. „Bongen“ eingerichtet, die Wahl zudem noch von radikalen arbeitslosen (weil arbeitslos) Kollegen geleitet, um den Genossen einen Verdienst zufommen zu lassen. Bei einer Wahlbeteiligung von 10 000 Wählern

legten alle S. P. D.-Genossen mit fast 2000 Stimmen Majorität.

Obgleich eine bessere Wahlbeteiligung (bei rund 85 000 Mitgliedern) nur den Sieg der Sozialdemokratie hätte vergrößern können, ist diese Quittung für die Gewerkschaftsdiktatoren deutlich genug und wird ihnen zu denken geben. Denn die Offensive geht weiter, zumal die parteigenösslichen Kollegen nicht daran denken, die Kampforganisation

